

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 23 (1931)
Heft: 7

Artikel: Europa-Diskussion
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352505>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrals*

No. 7

Juli 1931

23. Jahrgang

Europa-Diskussion.

Von Max Weber.

Noch sind kaum 100 Jahre verflossen, seitdem die Beschleunigung und Verdichtung des Verkehrs und die Ausdehnung des Handels zur wirtschaftlichen Zusammenfassung der Nationen geführt hat. In einer Reihe von Ländern ist erst damals der Nationalstaat entstanden mit einheitlicher Währungs- und Zollpolitik. Erinnern wir uns daran, dass von 1833 an die deutsche Zollunion sich bildete und 1871 das Deutsche Reich zustande kam, das sogar erst in der Verfassung von 1919 stärker zentralisiert wurde. Und vergegenwärtigen wir uns besonders auch, dass die Schweiz erst 1848 ein einheitliches Wirtschaftsgebiet wurde, dass wir erst seit 50 Jahren ein einheitliches Handelsrecht, erst seit 25 Jahren eine nationale Geldpolitik kennen, dass erst 1907 das eidgenössische Zivilrecht geschaffen wurde und dass die Vereinheitlichung auf andern wichtigen Gebieten, wo sie nicht von der Wirtschaft erzwungen wurde, selbst heute noch nicht verwirklicht ist (z. B. Strafrecht, Steuerpolitik).

Neue wirtschaftliche Voraussetzungen.

Die Anpassung der innerstaatlichen Rechtsordnung an die Bedürfnisse der Wirtschaft des 19. Jahrhunderts ist also noch kaum recht erfolgt. Da rüttelt die Wirtschaft schon am Nationalstaat und erklärt: «Deine Form ist überholt, ich brauche viel weitere Grenzen für meine Entwicklung». Hatte vor einem Jahrhundert die Eisenbahn die selbständige Politik der Städte und Kleinstaaten lächerlich gemacht, so überschneidet heute der Luftverkehr die nationalen Grenzen alle paar Stunden. Die Strecke Basel-Paris-London erfordert 6 Flugstunden, Zürich-München-Wien-Budapest ebensoviel. Der internationale Warenaustausch wird immer intensiver. Letzthin sah ich auf einer Schweizer Station einen Güterzug stehen, der Wagen aus Deutschland, Bel-

gien, Frankreich, Oesterreich, Rumänien, Bulgarien und der Schweiz, also aus sieben Ländern, vereinigte. Und da versucht man immer noch alles mögliche, um die fremden Waren nicht herein zu lassen!

Dabei steht die internationale Arbeitsteilung vor einem neuen Stadium. Die überseeische Landwirtschaft ist im Begriffe, sich mehr und mehr zu industrialisieren. Technische Verbesserungen, insbesondere der Mährescher, der das Getreide gleichzeitig schneidet, zusammenfasst und drischt, ermöglichen eine starke Reduktion der Produktionskosten. Europa kann Lebensmittel und Rohstoffe billiger beziehen, wenn es will. Wenn es dagegen seine Landwirtschaft mit künstlichen Mitteln im bisherigen Umfange erhalten will, so muss es dafür in Kauf nehmen, dass die überseeischen Agrarländer ihre eigene Industrie aufbauen. Also internationale Arbeitsteilung oder künstliche Hemmung der bisherigen Entwicklung.

Bereits werden Pläne geschmiedet zu grosszügiger internationaler Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte. Sie werden von der Technik zweifellos verwirklicht werden, sobald sie wirtschaftlich und politisch durchführbar sind. So wird eine Sammelschiene geplant, welche die grössten europäischen Elektrizitätswerke verbinden und durch dieses Grosskraftnetz einen Energieausgleich zwischen den wasserreichen und den wasserarmen Ländern herbeiführen soll. In Amerika projiziert man eine Verbindungsstrasse, die den nord- und südamerikanischen Kontinent vom Norden Kanadas bis nach Chile und Feuerland durchziehen soll.

Viel weiter gediehen ist schon die internationale finanzkapitalistische Durchdringung. Zahllose internationale Kartelle und Konzerne aller Art überspringen die Grenzen aller Staaten. Wir können das in der Schweiz sehr gut verfolgen, wo fast jeden Tag neue Finanzierungs- und Holdingsgesellschaften gegründet werden, um Unternehmungen in verschiedenen Ländern unter gemeinsame Leitung und Kontrolle zu bringen.

So arbeiten Technik und Wirtschaft daran, die Entfernungen immer kleiner werden zu lassen. Die Länder, ja selbst die Kontinente sind sich heute verkehrstechnisch so nah wie vor einem Jahrhundert die nächstgelegenen Städte. Was ist nun bisher geschehen, um diese Entstehung und Entfaltung der internationalen Wirtschaft von der politischen Seite her zu fördern?

Politische Hemmnisse.

Der Krieg hat in allen Ländern den Nationalismus auf die Spitze getrieben. Als er zu Ende ging, wurden neue Staaten geschaffen und Tausende von Kilometern neuer Grenzen. Ebenso lang sind die neuen Zollmauern, die seit dem Kriege immer höher getürmt wurden, alles Massnahmen, die der wirtschaftlichen Entwicklungstendenz diametral entgegenstehen. Kann es da aus-

bleiben, dass gewaltige Spannungen entstehen, die gerade auch die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftskrise stark verschärfen?

Freilich haben zahlreiche Wirtschaftsführer und auch Politiker begriffen, dass es so nicht weitergehen kann, dass neue Wege gesucht werden müssen. Daraus entstand die Europa-Diskussion, die seit einiger Zeit in der Presse und an Konferenzen geführt wird. Wenn auch die Entwicklung der Wirtschaft letzten Endes nach einer Regelung der weltwirtschaftlichen Beziehungen drängt und für manche Fragen weltwirtschaftliche Lösungen gesucht werden müssen, so ist es sicher taktisch klug, vorerst einmal das Problem Europa anzupacken. Die Schwierigkeiten sind auch auf diesem beschränkten Gebiete eines Kontinents heute noch fast unüberwindlich.

Der Völkerbund, der zunächst ein rein politisches Gebilde war und es auch heute noch ist, hat sehr bald gemerkt, dass seine Bemühungen in der Luft hängen, wenn auf wirtschaftlichem Gebiet der Kampf aller gegen alle fortgesetzt wird. Der Weltkrieg war ja im Grunde genommen ein Ringen der Völker um die Grundlagen der wirtschaftlichen Macht, und die Wirtschaftspolitik seit 1918 ist mehr oder weniger seine Weiterführung mit andern Mitteln. Der Völkerbund hat daher zur Ergänzung seiner Tätigkeit ein Wirtschaftskomitee (Comité économique) eingesetzt, das sich mit den wirtschaftlichen Fragen zu befassen hat.

Unter dessen Vorbereitung fand 1927 in Genf eine Weltwirtschaftskonferenz statt, an der Regierungsvertreter und Wirtschaftssachverständige aus aller Welt teilnahmen. Man einigte sich dort verhältnismässig leicht auf die allgemeinen Grundsätze, die eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker forderten. Es wurden auch die Wege angedeutet, wie diese Kooperation durchgeführt werden soll: selbständige Aktion der einzelnen Staaten, Handelsverträge, internationale Uebereinkommen.

Allein als man diese Wege konkret zu beschreiten suchte, stellten sich diesen Vorschlägen noch viel grössere Hemmnisse in den Weg, als man an der Genfer Konferenz vorausgeahnt hat. Das Wirtschaftskomitee beschritt ohne Zögern den Weg der pluri-

mehrseitigen Handelsverträge.

Seit mehreren Jahrzehnten ist das System der zweiseitigen (bilateralen) Handelsverträge üblich, und zwar ist jeder Staat in seiner Zollpolitik autonom, das heisst er kann Zölle und andere Beschränkungen des Handelsverkehrs ganz nach eigenem Ermessen beschliessen. Um jedoch die Wirtschaftsbeziehungen zu erleichtern, insbesondere um dem eigenen Export Absatz zu schaffen, werden mit einzelnen Ländern Handelsverträge abgeschlossen, in denen als Konzession für das Entgegenkommen des Partners Zollreduktionen gewährt werden, die während der Dauer des Ver-

trags gebunden bleiben. Ausserdem wird in diesen Handelsverträgen dem Vertragskontrahenten gewöhnlich die Meistbegünstigung zugesichert. Das heisst; wenn zum Beispiel die Schweiz mit Deutschland im Meistbegünstigungsverhältnis steht und in einem Handelsvertrag mit Frankreich niedrigere Zölle gewährt als im Vertrag mit Deutschland, so gelten diese reduzierten Zölle ohne weiteres auch für Deutschland und alle andern Staaten, mit denen die Schweiz Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen hat. *

Seit dem Kriege ist aber die Handelsvertragspolitik ins Stocken geraten, indem keine Länder wesentliche Zollreduktionen gewähren wollten, angesichts der unsichern Wirtschaftsverhältnisse. Daher tauchte der Gedanke auf, wenn zahlreiche Staaten gleichzeitig in einem internationalen Vertrag sich zu einem Entgegenkommen bereit erklären würden, so sei es leichter, einen Fortschritt zu erzielen.

Zuerst wurde ein solches internationales Uebereinkommen ausgearbeitet über die Ein- und Ausfuhrbeschränkungen. Man wollte den internationalen Warenaustausch erleichtern durch ein allgemeines Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und -verboten. Trotzdem zahlreiche Ausnahmen bewilligt wurden, ist das Abkommen schliesslich doch gescheitert an der Weigerung Polens, von dessen Beitritt eine Reihe von andern Staaten ihre Zustimmung abhängig gemacht hatten.

Ein zweiter Schritt zur Durchführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz waren die Verhandlungen über einen Zoll-Waffenstillstand. In zahlreichen Konferenzen wurde versucht, ein internationales Abkommen zustande zu bringen, das, wenn auch nicht den Abbau der Zölle, so doch wenigstens eine Stabilisierung auf dem gegenwärtigen Niveau ermöglicht hätte. Trotz ständiger Verwässerung dieses Planes, von dem zuletzt nur noch die bescheidene Bindung übrigblieb, die gegenwärtigen Handelsverträge ein Jahr lang nicht zu kündigen, ist auch dieser Versuch gescheitert. Jedes Land machte seinen Beitritt abhängig von der Ratifikation wichtiger anderer Staaten, und es blieben natürlich genug Störefriede übrig, um den Zollwaffenstillstand zu verunmöglichen.

Während diese beiden wichtigsten Versuche, in die Beschränkungen des internationalen Handels eine gewisse Bresche zu schlagen, Schiffbruch erlitten haben, sind auf einigen Gebieten von untergeordneter Bedeutung wenigstens einige Resultate erreicht worden. Es wurde ein internationales Uebereinkommen geschlossen über die Erleichterung der Zollformalitäten, das in Kraft gesetzt werden konnte. Ferner sind zwei Uebereinkommen verwirklicht worden, von denen das eine für Häute und Felle und das andere für Knochen Ausfuhr-

* Ausserhalb des Systems der Handelsverträge stehen bis heute England, die Vereinigten Staaten und einige kleinere Länder.

verbote untersagt und ein Maximum für die Ausfuhrzölle vorschreibt.

Bedauernswert bleibt vor allem, dass der Versuch, die Zollschranken zum Stoppen zu bringen, ins Wasser gefallen ist. Immerhin darf man das Resultat dieser Bemühungen nicht einzig am Scheitern des Zollwaffenstillstandes ablesen. Diese Verhandlungen in Genf haben doch die Tendenz zu neuen Zollerhöhungen etwas abgebremst. Die meisten Staaten scheuten sich, trotzdem sie nicht unterzeichneten, dem Konventionsentwurf offen zuwiderzuhandeln. Allerdings besteht jetzt nach dem endgültigen Misserfolg die Gefahr, dass das Versäumte nachgeholt wird.

Von einer andern Seite angepackt wurde das Europaproblem durch Briands Plan einer

E u r o p a - U n i o n .

Im Herbst 1929 überraschte der französische Aussenminister den Völkerbund mit seiner Idee eines engeren Zusammenschlusses der europäischen Mitgliedstaaten. Man sprach sofort von den Vereinigten Staaten von Europa, von einem europäischen Staatenbund usw. Doch Briands Vorschlag war sehr unbestimmt gehalten; gerade das hält ihn übrigens am Leben, weil jeder sich seine Verwirklichung nach Belieben vorstellen kann.

In einem Memorandum vom 1. Mai 1930 hat die französische Regierung den übrigen Staaten den Plan Briands etwas näher auseinandergesetzt. Es heisst in der Einleitung, es handle sich darum, unter den europäischen Völkern eine föderative Verbindung zu schaffen, die zwischen ihnen ein Regime dauernder Solidarität aufrichte und jederzeit eine Fühlungnahme gestatte zum Studium und zur Regelung der Probleme, die sie gemeinsam interessieren. Das Memorandum wollte die Regierungen Europas zu einer Meinungsäusserung über diesen Plan veranlassen. Zu diesem Zweck wurde auch ein kleines Tätigkeitsprogramm für diese europäische Zusammenarbeit aufgestellt. Darin finden sich folgende Punkte: 1. Wirtschaft im allgemeinen: u. a. Kontrolle der Politik der industriellen Kartelle und Verbindungen, Prüfung der Vorbereitung aller künftigen Möglichkeiten hinsichtlich der Zollreduktionen. 2. Produktionsapparat: Verbindung der grossen öffentlichen Arbeiten verschiedener Staaten, wie Autostrassen, Kanäle usw. 3. Durchgangsverkehr: Regelung und Verbesserung des intereuropäischen Verkehrs. 4. Finanzen: Krediterleichterungen für die weniger entwickelten Wirtschaftsgebiete. 5. Arbeiterfragen: z. B. Regelung der Wanderungen. 6. Hygiene. 7. Intellektuelle Zusammenarbeit.

Zur technischen Durchführung des Planes schlägt das Memorandum ein Organ vor in Form einer regelmässigen «Europa-Konferenz». Diese soll zusammengesetzt sein aus den Vertretern aller europäischen Regierungen, die Mitglieder des Völkerbundes sind, und soll das leitende Organ der Europa-Union bilden.

Die Organisation im einzelnen ist ähnlich gedacht wie die des Völkerbundes. Die Europa-Konferenz soll auch in engster Föhlung stehen mit dem Völkербund und nur als besonderer Teil des Völkербundes arbeiten.

Briand ist durch und durch Politiker, und Frankreich sieht auch ziemlich allgemein alle europäischen Probleme durch die politische Brille an. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass auch in diesem Projekt zum Ausdruck gebracht wird, dass die Wirtschaftsfragen den politischen Problemen, vor allem der Frage der « Sicherheit » (das Steckenpferd Frankreichs) untergeordnet werden sollen. Doch diese Beurteilung der Wirtschaft nach rein politischen Gesichtspunkten ist ja gerade das, was bisher alle Versuche zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit verunmöglicht hat. Und zweifellos würde dieser Punkt bei der Verwirklichung des Planes eine der schwierigsten Klippen darstellen.

Die meisten Staaten haben vor etwa einem Jahr ihre Stellungnahme zum französischen Memorandum bekanntgegeben. Den Gedanken der europäischen Zusammenarbeit konnten sie natürlich nicht ablehnen. Doch im übrigen haben sie zumeist so grosse Reserven angebracht, dass der Briandplan vorläufig noch in der Luft hängt. Auch hier werden die Schwierigkeiten erst recht auftauchen, wenn man aufs Lebendige kommt, das heisst wenn die Möglichkeiten der praktischen Verwirklichung erörtert werden. Sofort realisierbar am ganzen Projekt ist die Europa-Diskussion, das heisst die periodische Besprechung wichtiger politischer und wirtschaftlicher Fragen, die im gesamt-europäischen Interesse liegen.

Da die Versuche zu gemeinsamem handelspolitischem Vorgehen gescheitert sind und eine europäische Wirtschafts-Union vorläufig noch eine Utopie ist, haben zwei Staaten anscheinend den Gedanken der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf beschränktem Gebiet verwirklichen wollen durch den Plan einer

Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich.

Man mag sich zur Sache selbst stellen, wie man will, das eine dürfte heute feststehen: dass es sich bei diesem Projekt nicht so sehr um den wirtschaftlichen Anschluss Oesterreichs an Deutschland gehandelt hat als um ein Stück nationaler Prestigepolitik, das zudem so dumm wie nur möglich aufgezogen war. Man bekommt den Eindruck, als ob der Hauptzweck an der Sache der gewesen sei, den deutschnationalen Kreisen zu beweisen, dass die eigene Regierung trotz Versailles noch selbständig handeln könne (während ja dann gerade das Gegenteil bewiesen wurde). Die Ungeschicklichkeit der mitteleuropäischen Diplomatie ist um so grösser, als das ganze Projekt nicht viel mehr als ein Bluff war. Wenn man die abgegebenen Erklärungen der beteiligten Regierungen genauer studiert, so entdeckt man die schärfsten Wider-

sprüche. Nach der einen Mitteilung lag ein fix und fertiger Zollunionsplan vor, nach andern Berichten, die wahrscheinlicher klingen, wurde nur in einem Protokoll erklärt, dass die beiden Staaten sich bereit erklären, in Verhandlungen einzutreten. Es wäre auch kaum denkbar, dass die österreichische und die deutsche Industrie sich so rasch, fast über Nacht, mit einer bedeutenden Konkurrenz befreunden werde und dass sich Deutschland leicht- hin der Gefahr handelspolitischer Schwierigkeiten mit Frankreich, England und andern Ländern (auch der Schweiz) aussetzen würde, um gewisse Zollerleichterungen einzutauschen mit einem Land, das für seinen Absatz von untergeordneter Bedeutung ist. Es wäre nicht nur ein Gebot der Klugheit, sondern auch des Anstandes gewesen, mit andern Ländern in Fühlung zu treten. Doch man hat in Berlin und Wien die alte Methode der Geheimdiplomatie angewendet und die Welt vor ein *fait accompli* stellen wollen. Um so bedauerlicher ist es, dass auch ein Teil der Arbeiterpresse zunächst den Zollunionsplan mit lautem Jubel begrüßte. Die Sozialistische Arbeiterinternationale hat dann freilich vorsichtiger Stellung bezogen und bei aller grundsätzlichen Billigung einer Vergrößerung der Wirtschaftsgebiete gegenüber dieser Methode leise abgewunken.

Nun ist der Plan ja durch den politischen Widerstand Frankreichs und Englands erledigt worden. Der österreichische Aussenminister hat seine Beteiligung am Projekt sogar mit dem Sturz bezahlen müssen. Jene Länder hätten aber der Entwicklung der Dinge ganz ruhig zusehen können. Nach dem ersten Rausch wären auch die Widerstände in den beteiligten Ländern wach geworden. Der Plan hätte sich vielleicht von selbst erledigt. Er wäre jedenfalls auf längere Zeit Plan geblieben.

So sind gegenwärtig also alle Versuche misslungen. Allein die wirtschaftlichen Tatsachen drängen. Die gegenwärtige Krise und die Hilfslosigkeit, mit der ihr alle Regierungen gegenüberstehen, beweisen deutlich, dass etwas geschehen muss. Mögen noch so viele Konferenzen und Projekte scheitern, die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird sich durchsetzen.

Die Haltung der Arbeiterschaft.

Selbstverständlich hat sich die Arbeiterbewegung immer für eine gerechte wirtschaftliche Verständigung der Staaten und für die Erleichterung des internationalen Handels und Verkehrs eingesetzt. Die Energie, mit der diese Grundsätze verfochten werden, ist allerdings nicht überall dieselbe. Es ist ja erklärlich, dass die wirtschaftliche Struktur und die wirtschaftliche Lage der einzelnen Länder oft ein Schwergewicht ist, das auch die Arbeiterorganisationen nicht so leicht abstreifen können. Wir wollen auch offen gestehen, dass, wenn zum Beispiel die schweizerische Arbeiterschaft für weitergehende Forderungen eintritt als die Arbeiterbewegung in Polen, sie damit auch die ureigensten Inter-

essen der schweizerischen Volkswirtschaft vertritt. Dennoch darf gesagt werden, dass die Arbeiterbewegung nicht nur ideell, sondern auch in der Praxis sich am konsequentesten für die Ziele einer internationalen Wirtschaftsorganisation einsetzt. Auch die Arbeiter-Internationale, der Internationale Gewerkschaftsbund sowie die Sozialistische Arbeiter-Internationale haben sich immer bemüht, in diesem Sinne zu wirken. Sie haben kürzlich Richtlinien veröffentlicht über die Stellung der internationalen Arbeiterbewegung zur Wirtschaftskrise (vgl. März- und Aprilheft 1931 der «Gewerkschaftlichen Rundschau»). Darin findet sich auch ein Abschnitt über die Handelspolitik. Die zurückhaltende Formulierung zeigt, dass auch in der Internationale Gegensätze zu überbrücken sind. Doch ist es gerade Aufgabe der Internationale, allmählich auf eine einheitliche Politik der Landesorganisationen hinzuwirken.

Hier, glaube ich, muss in vermehrtem Masse eingesetzt werden. Es genügt nicht, dass an internationalen Kongressen in Resolutionen die allgemeinen Prinzipien einer internationalen Politik verkündet werden, sondern es muss bei jeder politischen Aktion von internationaler Bedeutung, handle es sich um Beziehungen zwischen nur zwei Staaten oder um internationale Konferenzen, Uebereinkommen usw., sofort zwischen der Arbeiterbewegung der in Betracht fallenden Staaten Fühlung genommen werden, um wenn irgend möglich zu einer einheitlichen Stellungnahme zu gelangen. Das ist um so wichtiger, je mehr die Arbeiterschaft in einzelnen Ländern einen bestimmenden Einfluss auf die Regierung ausübt oder sogar die Regierung selbst stellt. Durch Vorbesprechungen oder doch gleichzeitige Behandlung im Schosse der Internationale muss es gelingen, mit der Zeit zu einer gemeinsamen Lösung der Wirtschaftsprobleme, also zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu kommen.

Dabei wird die internationale Arbeiterbewegung die Wege gangbar machen müssen, die bereits von der Weltwirtschaftskonferenz vorgeschlagen wurden. Einmal muss in jedem Land ein energischer Kampf gegen Zollerhöhungen und für einen stufenweisen Abbau der Zölle und anderer Beschränkungen geführt werden. Ueberhaupt muss ein vermehrter Einfluss auf die nationale Wirtschaftspolitik erkämpft werden. Ferner wird der Weg der mehrseitigen Handels- und Wirtschaftsabkommen trotz allen Schwierigkeiten erneut beschritten werden müssen. Ein sehr wichtiges Problem wird auch aufgerollt durch die Tendenz nach Organisation, nach planmässiger Leitung der Wirtschaft, die fast in allen Ländern zu bemerken sind. Auch auf internationalem Boden sind Anfänge hierzu zu beobachten. Es sind das die Fragen, die im Protokoll der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes über die künftige Aktion aufgeworfen sind und über die wohl in absehbarer Zeit weitere Diskussionen geführt

werden müssen. Sie sind in letzter Zeit aktuell geworden durch den Versuch der osteuropäischen Staaten zu gemeinsamer Organisation des Absatzes für ihre landwirtschaftlichen Produkte. Auch der Schweiz. Gewerkschaftsbund hat seinerzeit in seiner Vernehmlassung an das Volkswirtschaftsdepartement über das erwähnte Protokoll eine Förderung der internationalen Handelsbeziehungen durch Schaffung von Produzenten- und Konsumentenorganisationen, die dann den Warenaustausch zu bewerkstelligen und zu leiten hätten, verlangt. Alle diese Wege und wahrscheinlich noch weitere, die sich mit der Zeit als gangbar erweisen, müssen nebeneinander beschritten werden. Und die Arbeiterorganisationen haben die grosse Aufgabe, als Bahnbrecher voranzugehen.

Freilich wollen wir uns vor Illusionen hüten. Es muss Realpolitik betrieben werden, die mit der Wirklichkeit rechnet, ohne freilich infolge der Hindernisse das Ziel aus dem Auge zu verlieren. Allein wenn wir sehen, wie schwierig die Verständigung an internationalen Konferenzen ist, allein schon aus sprachlichen Gründen und noch viel mehr infolge der oft total verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wie auch der Verschiedenheit im Volkscharakter, so verstehen wir, dass die internationale Verständigung eine äusserst schwierige und hartnäckige Arbeit erfordert. Die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa oder gar die Errichtung einer weltwirtschaftlichen Organisation hat mit ungeheuer viel mehr Hindernissen zu kämpfen als seinerzeit die Errichtung des Nationalstaates und die Einführung einer nationalen Wirtschaftspolitik. Allein diese Probleme müssen gelöst werden, und sie werden auch gelöst, denn die immer rascher werdende wirtschaftliche Entwicklung wird auch die Kräfte hervorbringen, welche die politischen Hemmnisse aus dem Wege räumen, die einer internationalen Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte heute noch im Wege stehen.

Dem Getreidegesetz entgegen.

Von Paul Graber.

1. Die Gesetzbestimmungen.

Es ist im Rahmen dieser Darstellung nicht möglich, alle Bestimmungen des Gesetzentwurfs, wie er vor dem Finanz- und Zolldepartement liegt, zu behandeln. Wir beschränken uns auf die bedeutendsten, auf diejenigen Bestimmungen, die an der Expertenkonferenz vom 20./21. Mai letzthin in Zürich zu längerer Diskussion Anlass gegeben haben.

Rufen wir zunächst in Erinnerung, dass das aus dem Kriege hervorgegangene Getreidemonopol infolge des Volksentscheides vom 3. März 1929 auf Ende Juni 1929 zu bestehen aufgehört hat;